

2234/J XX.GP

Dringliche ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Pollet-Kammerlander, Langthaler, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
betreffend Frauenvolksbegehren und

Gentechnikvolksbegehren

Von 7. - 14. April finden bundesweit zwei wichtige Volksbegehren statt, die richtungsweisend für die gesellschaftspolitische Positionierung und Entwicklung dieses Landes sind. Im Gegensatz zu Themen wie EU-Beitritt, Einführung des EURO und anderen Themen, die von den Regierungsparteien manipulativ auf das von ihnen gewünschte Ergebnis mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben werden, herrscht bei diesen beiden Volksbegehren nicht nur vornehme Zurückhaltung sondern Desinformation vor. Das geht soweit, daß im Vorfeld bereits Signale gesetzt werden, die schon jetzt erahnen lassen, daß eine anderslautende Artikulation der Bevölkerung nicht respektiert wird. Die Haltung der Regierungsmitglieder ignoriert die Willenserklärung des Volkes und prägt damit im wesentlichen die Linie der Regierungsfaktionen im Parlament.

So wurde von der Konsumentenschutzministerin vor dem Gentechnik-Volksbegehren eine Studie zurückgehalten, da sichtlich deren Ergebnisse nicht zur Gänze den Wünschen der Auftraggeber entsprachen. Leider manifestiert sich der Eindruck, daß seitens der Bundesregierung alles unternommen wird, damit das Volksbegehren nicht zu einem Erfolg wird. So verkündete etwa Konsumentenschutzministerin Barbara Prammer im Kurier vom 29. März 1997, daß es in Österreich jedenfalls Freisetzung geboten wird, obwohl ein Freisetzungsverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen eine der zentralen Forderungen des Gentechnik-Volksbegehrens ist.

Vergessen sind die gesamten Versprechungen der Bundesregierung, auf EU-Ebene eine soziale und ökologische Vorreiterrolle einzunehmen, ebenso die Versprechungen im Rahmen des Gleichbehandlungspaketes.

'Die Bundesregierung wird in der EU soziale und ökologische Themen aufgrund der österreichischen Erfolge auf diesen Gebieten aktiv vorantreiben, um die bestehenden Defizite der EU auf diesen Gebieten auszugleichen' versprach EU-Staatssekretärin Ederer vor dem EU-Beitritt.

Da die Bevölkerung ein Anrecht auf umfassende Information in allen Belangen hat, ist es notwendig, das Informationsdefizit der Bevölkerung gerade bei für die Bundesregierung unangenehmen Themen mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszugleichen .

Die einzelnen Forderungen des Frauenvolksbegehrens stellen nichts Neues dar, dennoch ist die Zeit gerade jetzt mehr als überfällig, endlich Umzusetzungsmaßnahmen zu treffen. Insbesondere in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung wird Frauenpolitik verstärkt zum einsparbaren Luxusgut und erfordert daher eine klare Positionierung der Bundesregierung, daß Frauengleichbehandlung auch etwas kosten darf. Nur durch aktive Gegensteuerung kann die nach wie vor vorhandene De-facto-Ungleichheit abgebaut werden; formale Gleichstellung ohne systemändernde Maßnahmen setzt Disparitäten ungehindert fort. In dieser Situation kann ein Frauenvolksbegehren ein Bewußtsein schaffendes und mobilisierendes Moment darstellen und den notwendigen Reformimpuls geben.

Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion dient in erster Linie der Produktionssteigerung und der weiteren Technologisierung der Landwirtschaft. Die europäische Landwirtschaft hat massive Probleme aufgrund von Überproduktion (Fleischberge, Milchseen etc.), Tonnen von Lebensmittel werden vernichtet. Gentechnologie in der Landwirtschaft ist mit einer Vielzahl von Risiken verbunden. Diese Risiken sollen eingegangen werden, obwohl überhaupt kein Bedarf für den Einsatz der Gentechnik besteht. Selbst ein Befürworter, wie der Bauernbunddirektor Franz Ledermüller gab im Standard vom 17. 2. 1997 zu, 'Für Europas Landwirtschaft ist sie zwar nicht nötig....' In einer der letzten EU-Ministerratssitzungen der Agrarminister wurde übrigens als eines der vorrangigsten Ziele festgesetzt, daß in Zukunft nicht mehr so viele Lebensmittel in der EU vernichtet werden sollen! Das Gentechnik-Volksbegehren versteht sich als Auftrag an die österreichischen Politiker, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Österreich und auf europäischer Ebene gefährliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Ähnlich wie im Bereich der Atomkraft (Verhinderung von Zwentendorf) muß Österreich auf EU-Ebene auch bei der "unkontrollierbaren" Gentechnik die Vorreiterrolle übernehmen, um negative Folgen von Anfang an zu verhindern.

Die unterfertigten Abgeordneten Stellen daher folgende

Dringliche ANFRAGE

- 1 . Ab welcher Anzahl von Unterschriften nehmen Sie die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung ernst?
- 2 . Halten Sie eine der in den Volksbegehren angeführten Forderungen für unerfüllbar? Wenn Ja, geben Sie die Gründe dafür an.
- 3 . Wenn es ein entsprechendes Votum der Bevölkerung für die Umsetzung der Forderungen der Volksbegehren gibt: Sehen Sie es als Ihre Aufgabe an, sich an die Versprechen der Bundesregierung u. a. vor dem EU-Beitritt zu halten und eine Vorreiterrolle in sozialen und ökologischen Belangen auch durch nationale Alleingänge zu übernehmen?

4. Bekennen Sie sich zu dem Grundsatz, daß die Kosten der Umsetzung von Gleichbehandlungspolitik auch in finanziell schwierigen Zeiten aufgebracht werden müssen?

5 . welche Maßnahmen werden Sie umgehend zur Umsetzung der einzelnen Forderungspunkte des Frauenvolksbegehrens in Angriff nehmen, die nicht schon bisher Inhalt der aktuellen Regierungspolitik waren? (Bitte anhand der 11 Forderungspunkte beantworten .)

Text nicht scannbar

6 . werden Sie im Ministerrat eine Regierungsvorlage zur Änderung des österreichischen Lebensmittelgesetzes einbringen, die ein Verbot des Einsatzes der Gentechnologie in der heimischen Lebensmittelproduktion zum Inhalt hat?

7 . Werden Sie im Ministerrat eine Regierungsvorlage zur Änderung des österreichischen Gentechnikgesetzes einbringen, die ein Freisetzungsvorbot für gentechnisch veränderte Pflanzen zum Inhalt hat?

8 . Werden Sie hinsichtlich des Inverkehrbringens von gentechnisch veränderten Lebensmitteln einen nationalen Alleingang innerhalb der EU unternehmen und einen Importstopp verfügen?